

**Rede
von**

Andrea Kötter, MdL

zu TOP Nr. 31

Abschließende Beratung

**Nahrungsmittelerzeugung optimieren –
Gewässerqualität schützen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 18/10948

während der Plenarsitzung vom 22.09.2022
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Antragsüberschrift „Nahrungsmittelerzeugung optimieren - Gewässerqualität schützen“ erweckt, wahrscheinlich völlig unbeabsichtigt, den Eindruck, als ob die FDP hier ein völlig neues Thema in die Beratung einbringt, das eigentlich noch niemand so richtig auf dem Schirm hat. Tatsache ist aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Mit Ihrem Antrag laufen Sie dem aktuellen Bearbeitungsstand dieses für uns so wichtigen Themas hinterher, und zwar auf allen dafür zuständigen politischen Ebenen.

Mit Ihrer Forderung, die Grundwasserqualität in Niedersachsen nach objektiven Kriterien wissenschaftlich nachvollziehbar zu bewerten, unterstellen Sie im Umkehrschluss, dass die bisherige Bewertung laienhaft und willkürlich erfolgt ist.

Solche Unterstellungen sind meiner Meinung nach völlig ungeeignet und sogar eher schädlich, um, wie von Ihnen gefordert, einen gleichberechtigten und vertrauensvollen Dialog mit den Landwirten einzuleiten, einen Dialog, der im Übrigen erfreulicherweise schon längst sehr konstruktiv stattfindet. Die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer, dem Landvolk und vielen weiteren Verbänden ist längst selbstverständliche und auch erfolgreiche Praxis.

Meine Damen und Herren,

das Messstellennetz ist in der Tat ein ebenso hoch komplexes wie strittiges Thema, aber immerhin eines in Landeskompetenz. Der vorliegende Antrag wird dieser Komplexität in keiner Weise gerecht und verkürzt und vereinfacht nicht nur die unterschiedlichen Zuständigkeiten von EU, Bund und Land, sondern auch die damit verbundenen Auflagen und Richtlinien, die zu erfüllen sind und an deren Erfüllung mit der gebotenen und notwendigen Sorgfalt und Abwägung seit Langem intensiv gearbeitet wird, um ein detailliertes und trennscharfes Bild der roten Gebiete in Niedersachsen zu erhalten. Mit einem Federstrich, wie es uns der Antrag weismachen möchte, ist das nicht zu machen.

Um auf eine weitere Forderung von Ihnen einzugehen: In den vergangenen Jahren hat Niedersachsen alles dafür getan, mit einem emissionsbasierten Ansatz dem von Ihnen geforderten Verursacherprinzip gerecht zu werden. Diesen Ansatz, den Sie doch eigentlich unterstützen sollten, wurde dem Land seinerzeit von der EU verweigert. Ich kann mich aber nicht daran erinnern, dass sich die Liberalen im Bundestag, die zu der Zeit gemeinsam mit SPD und Grünen regiert haben, in irgendeiner Weise für diesen auf dem Verursacherprinzip basierenden Ansatz ausgesprochen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zwei sehr hohe Güter - die Nahrungsmittelproduktion und der Schutz unseres Grundwassers - sind in Einklang zu bringen. Das eine bedingt das andere. Dieser Antrag bringt uns bei der Bewältigung dieser Aufgabe aber in keiner Weise weiter und bietet auch keinerlei konkreten Lösungsansatz. Deshalb empfehle ich Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Vielen Dank.